

www.pg.blogsport.de

April

com [p] act

Zeitschrift der
Politischen Gruppe Jena / Erfurt

1-10

Kritik an Staat, Volk und Nation



Inhalt



Texte

Afghanistankonferenz in London

Wie vor dem Ausstieg aus dem Krieg
noch ein Sieg eingefahren werden soll.....Seite 3

Kritik der VWL:

Die Soziale Marktwirtschaft und die "gesellschaftlich erwünschte" Armut....Seite 8

Das Stichwort: Der Steurzahler

Ideologie vom Bürger als Auftraggeber staatlichen Handelns.....Seite 14

"Gesundes Volksempfinden"

Stichwort: Gerechtigkeit.....Seite 17

Vortrag und Diskussion

Aus Anlass des 60. Geburtstages des DGB:

Was taugt eigentlich die Gewerkschaft?

Dr. Theo Wentzke

23.06.2010, 20:00 Uhr, Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 208

24.06.2010, 19:30 Uhr, DGD-Jugendbüro "Filler", Schillerstr. 44, Erfurt.....Seite 20

Nationalismus - Was ist das?

Kritik an Staat, Volk und Nation

Dr. Theo Wentzke

28.04.2010, 20:00 Uhr, Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 208

29.04.2010, 19:30 Uhr, DGD-Jugendbüro "Filler", Schillerstr. 44, Erfurt.....Seite 22

Afghanistankonferenz in London

Wie vor dem Ausstieg aus dem Krieg noch ein Sieg eingefahren werden soll

In London hat im Januar die x-te Afghanistankonferenz stattgefunden, die wieder mal über das Schicksal dieses Landes entscheiden sollte. Vertreter aus ca. 60 Nationen berieten darüber, wie die missliche Lage der von den USA angeführten ISAF-Streitkräfte in ihrem Kampf gegen Aufständische zum Besseren gewendet werden könnte: Mehr Militär, mehr Ausbildung afghanischer Soldaten und Polizisten, auch mehr Wirtschaftsförderung und Aufbauhilfe und ein Ausstiegsprogramm für „gemäßigte“ Taliban. Nur so könne man die Lage stabilisieren und die Grundlage schaffen für eine längerfristige Selbstregierung des Landes durch prowestliche Kräfte, also für den Abzug der eigenen Interventionsmannschaften.

Der Zwischenstand in Sachen „nation building“

Dass andere Nationen über das Schicksal eines Landes entscheiden, ist keine Selbstverständlichkeit und zeigt, dass es sich beim heutigen Afghanistan weniger denn je um ein 'normales' Staatswesen handelt: Nach vielen anderen Episoden ist es in seiner derzeitigen Verfassung ein Produkt des von Bush jun. ausgerufenen

„Kriegs gegen den Terrorismus“, der die alte Herrschaft der Taliban, aber nicht deren Widerstand beseitigt hat. Afghanistan 2010 ist ein Konstrukt westlicher Ordnungsmächte, die mit ihrer Gewalt seit über 8 Jahren versuchen, ein Staatsgebilde in ihrem Sinne aufzubauen, das in der Region für Ordnung sorgt, also sicherstellt, dass sich keine antiwestlichen und vor allem keine antiamerikanischen politischen Kräfte (Taliban und Al-Qaida) dort betätigen. An der Benutzung des Landes in Form von Ausplünderung irgendwelcher Rohstoffe, Ausbeutung der Menschen als billige Arbeitskräfte usw. besteht keinerlei Interesse, weil es dort außer Wüste und Opium nicht viel gibt, was für die imperialistischen Staaten relevant sein könnte.

Dieses Programm hat trotz massiven Einsatzes von Gewalt und auch Geld nicht das erwünschte Ergebnis hervorgebracht: Den Gegner gibt es noch immer und er macht sich an allen Ecken des Landes störend bemerkbar. Eine staatliche Gewalt, die über das ganze Land die Hoheit ausüben könnte, ist weit und breit nicht zu sehen. Die bestehende Landesregierung verfügt nur über die Mittel, die sie von den Ordnungsmächten zugeteilt bekommt und die sie für die Sicherung ihrer

kleinen Zentralmacht benützt, indem sie sich mit den Warlords im Lande und deren Regionalhoheit arrangiert (Staatschef Karsai wird deswegen als „Bürgermeister von Kabul“ verspottet). Das bringt der Zentralmacht den Vorwurf der „Korruption“ ein. Nur: Über andere Einnahmen als internationale Zuwendungen verfügt der Staat nicht, also bilden sie die Einkünfte der Staatsagenten und ihre Verteilung sichert (in Maßen!) die Anhängerschaft und Unterstützung im Lande.

Der Korrekturbedarf der Ordnungsmacht Nr. 1

Dieser Zustand lässt den Ordnungsmächten, allen voran der Führungsmacht Amerika, keine Ruhe. Ihr oberster Befehlshaber kam nach langer Beratung mit seinen Militärs im Herbst 2009 zu dem Beschluss, dass Afghanistan mehr Gewalt braucht. Amerika stockte seine Truppen um 30.000 Soldaten auf. Gleichzeitig forderte er alle seine Verbündeten auf, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls deutlich mehr Soldaten für den Einsatz in Afghanistan abzustellen. Die Vergrößerung der Interventionsmacht soll aber nicht nur den Kampf gegen die Rebellen verstärken, sondern auch die Staatsmacht in Afghanistan unter Druck setzen. Diese soll mehr „Verantwortung“ übernehmen, wie es so schön heißt. Die Anzahl ihrer „Ordnungskräfte“ – es gibt bereits für so ein Land beachtliche 180.000 Soldaten und Polizisten – soll auf

300.000 hochgefahren werden. Für die Qualität ihrer Ausbildung sorgen zusätzliche westliche Mannschaften (die bisherige Qualifizierung afghanischer Ordnungskräfte lief oft so ab, dass die Leute während der Zeit des Ausbildungslagers gerne ihren Sold bezogen, aber die Seite wechselten, wenn es an die Front ging).

Ob ein Staat wie Afghanistan, der über keine funktionierende Ökonomie verfügt und damit über keinerlei Staatseinnahmen, sich ein solches Heer an bezahlten Gewalttätern überhaupt leisten und auf Dauer finanzieren kann, spielt dabei keine Rolle. Sogar das einzige verkäufliche Gut, das dort existiert und in den westlichen Ländern stark nachgefragt wird - das Opium –, soll nicht mehr angebaut werden (zumal sich die Taliban als faktische Herren entsprechender Gebiete aus den Erlösen finanzieren). Die trostlose wirtschaftliche Lage des Landes ist den Weltordnungsmächten natürlich kein Geheimnis, deshalb ist auch „Wirtschaftsförderung“ angesagt. Die Mittel sollen in Infrastrukturmaßnahmen und Aufbauhilfe münden.

Nur: Straßenbau, Elektrizität und Wasserversorgung sind Voraussetzungen für ein Geschäftsleben nach westlichem Vorbild, aber die Geschäftemacher und ihr Kapital, die diese Voraussetzungen nutzen sollen, fallen deswegen noch nicht vom Himmel... Den Gegnern der westlichen Ordnungsvorstellungen soll nach amerikanischen Plänen eine Alternative eröffnet werden: Zum einen werden

sie mit einem weiter aufgerüsteten Gewaltapparat konfrontiert, der den militärischen Druck verstärken und sie von weiterem Widerstand abschrecken soll. Zum anderen soll den kämpfenden Taliban auch mit Geldversprechungen die Alternative eröffnet werden, ihre Waffen niederzulegen und „sich in die Gesellschaft einzuordnen“ (was auch immer das dann unter den gegebenen Verhältnissen heißen mag).

Unabhängig von den Erfolgsaussichten macht dieses Programm deutlich,

wie unbedingt der Wille der Führungsmacht USA ist, mit Gewalt und Geld in Afghanistan Verhältnisse zu schaffen, die es ihr erlauben, sich aus diesem Stück der Welt etwas zurückzuziehen, ohne weitere Bedrohungen erwarten zu müssen. Die anfangs vorhandene Vorstellung, dort eine Herrschaft etablieren zu können, die nach westlichem Demokratiemodell mit Zustimmung aller Beherrschten regiert und dies dann auch noch ausschließlich zum Vorteil Amerikas, ist so weit korrigiert worden, dass man sich zufrieden gibt, wenn dort wenigstens ein Minimum an verlässlicher Ordnung entsteht, die die Regierung ohne Dauerpräsenz auswärtiger Truppen aufrechterhalten kann.

Terminkalender

Vortrag & Diskussion

"Nationalismus - Was ist das?"

**28.04.2010, 20:00 Uhr,
Universität Jena, Raum 208,
Carl-Zeiss-Str. 3**

**29.04.2010, 19:30 Uhr,
DGB-Jugendbüro "Filler",
Schillerstr. 44, Erfurt**

.....

*"60 Jahre DGB - Was taugt
eigentlich die Gewerkschaft?"*

**23.06.2010, 20:00 Uhr,
Universität Jena, Raum 208,
Carl-Zeiss-Str. 3**

**24.06.2010, 19:30
DGB-Jugendbüro "Filler",
Schillerstr. 44, Erfurt**

Helfer der USA erteilen sich eigenständige Aufträge

Mit dem neuen Strategiebeschluss der Amerikaner, der ohne jede Absprache mit anderen Nationen und vor Stattfinden der längst anberaumten Afghanistankonferenz erging, war über die Fortführung des Afghanistaneinsatzes alles entschieden. Schließlich bestimmen die Yankees allein aufgrund der Größe ihres Militärs die Leitlinien für das Vorgehen in diesem Land. Dennoch erklärte keiner der Mitmacher die Londoner Konferenz damit für überflüssig; sie wurde im Gegenteil um so wichtiger. Schließlich haben sie, gerade auch die Deutschen, immer großen Wert darauf gelegt, nicht einfach als die Vollzugsgehilfen der

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

4-09

„Change“ in der Ostasienpolitik der USA
Obama bietet der aufsteigenden Großmacht China
Mitverantwortung für die US-Weltordnung an

Die deutsche Gewerkschaft hat Geburtstag
Der DGB – sechs Jahrzehnte Dienstleistung
an der nationalen Arbeit

Heinz Dieterichs „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“
Ein soziologisch-geschichtsphilosophischer
Neuaufguss der Utopie einer gerechteren Welt

Wahl '09 – Kritik am langweiligen Wahlkampf der Parteien:
Das Volk fühlt nichts! · Demokratische Institutionenlehre:
„*Opposition ist Mist!*“ · Ein Betriebsrat macht Vorschläge:
Mr. Opel Klaus Franz investiert den Lohn der Belegschaft ·
Sternstunden der Freiheit bei den Wahlen in Afghanistan: Was
nicht passt, wird passend gemacht! · Geld oder Leben – Schlag-
lichter auf das marktwirtschaftliche Verhältnis von Ökonomie
und Versorgung: „*Eine Milliarde Menschen leiden an Hunger*“
· „*Biete türkisch-arabische Unterschicht – suche osteuropäische
Juden*“: Thilo Sarrazin baut an einer nachhaltigen Gesellschaft
für den deutschen Staat · Berlusconi trotz Immunschwächung:
Der weitaus beste Ministerpräsident in der Geschichte Italiens
fühlt sich von roten Roben verarscht · Highlights im deutschen
Trauermonat – der Fall der Mauer und der des Robert Enke ·
Reform der Obdachlosenbetreuung in Frankreich

Weltmacht Nr. 1 zu erscheinen, sondern eigenständige Akteure zu sein, die die Zukunft des Landes mitbestimmen. Dazu diente seinerzeit die Petersberger Konferenz, die auf deutschem Boden dazu beitrug, Afghanistan als Staat aus der Taufe zu heben. Ebenfalls die Verfügung, den eigenen Militärbeitrag nicht unter US-Kommando, sondern als UN-Einsatz (ISAF) stattfinden zu lassen. Ebenso gehörte dazu die ständige Betonung, dass deutsche Soldaten nicht in erster Linie Kämpfe austragen, sondern als bewaffnete Einheiten dort das Recht der Mädchen verteidigen, in die Schule zu gehen, beim Brunnen-Bohren und Brücken-Bauen helfen etc. Und wenn deutsche Stabilisierungskräfte gezwungenermaßen mal die Waffe ziehen, dann nicht, um in Rambo-Manier ohne Rücksicht auf den Unterschied von Freund und Feind Kollateralschäden unter Zivilisten anzurichten. So sah sie lange Zeit aus, die Selbststilisierung des deutschen Kriegsbeitrags in Absetzung von der ungeliebten Vormacht.

Dummerweise ist diese Propagandaveranstaltung der deutschen GIs seit dem Massaker vom Kundus-Fluss etwas blamiert. Und die Führungsmacht hat auch keine Gelegenheit ausgelassen, klarzustellen, dass sie die Angeberei der Deutschen mit ihrem volks- und menschenfreundlicheren Sonderkonzept für impertinent hält und Ein- und Unterordnung unter ihre Vorgaben wünscht. Spätestens mit dem Beschluss der Amerikaner, in die von den Deutschen verwaltete

und bewachte Zone ein Kontingent amerikanischer Soldaten zu verlegen, das das der Deutschen übertrifft, wurde offenbar, dass der deutsche Beitrag entwertet werden sollte und Deutschland Gefahr läuft, von den Amerikanern zurückgestuft zu werden. Mit seiner Parole: „Wenn London eine reine Truppenstellerkonferenz wird, fahre ich erst gar nicht hin“, gab der deutsche Außenminister trotzig zu Protokoll, dass er sich auch unter veränderten Bedingungen nicht so einfach zum Befehlsempfänger der Amerikaner machen lassen will. Nur: Ganz verweigern können und wollen sich deutsche Politiker nicht. Denn dann wären sie an einem Ort, an dem Weltordnungsfragen und die Rangfolge dabei geklärt werden, ausgemischt und auf einen Schlag bedeutungslos – ein Zustand, den kein deutscher Politiker ertragen kann. Deshalb fuhr auch Westerwelle nicht nach London ohne Zusagen für zusätzliche Truppen im Gepäck (wenn auch, was den Umfang angeht, nicht ganz nach dem Geschmack Obamas). Auch an der Wirtschaftshilfe will Deutschland sich beteiligen und besonders an dem Taliban-Bestechungsprogramm. Deshalb war es um so wichtiger, diese Punkte so vorzutragen, als wären sie eine eigenständige Erfindung Deutschlands. Da wurde zunächst auf nationaler Ebene abgeklopft, wie denn eine „deutsche Strategie“ aussehen könnte; dann wurde mit einzelnen anderen Nationen in London gemauschelt und schließlich war das Ergebnis der Kon-

ferenz nicht genau, sondern nur mit ganz bedeutsamen Abstrichen, also annähernd genau das, was die Amerikaner bereits für sich beschlossen und von ihren Alliierten gefordert hatten. Die Mitmacher ließen es sich eben nicht nehmen, diese Gefolgschaft als das Ergebnis ihrer ureigensten Entscheidungsfindung zu verkaufen.

Viel Beifall erhielten die deutschen Konferenzvertreter in der heimischen

Öffentlichkeit dafür nicht. Dort wurde wie üblich nur gemault, die neue Afghanistanstrategie sei vielleicht gar nicht der Lage angemessen, der Erfolg sei ungewiss, wahrscheinlich täusche man das deutsche Volk weiterhin über den Ernst der Situation hinweg. Diese Journalisten haben eben ein feines Gespür dafür, wann ein Sieg im Krieg bzw. in der Hackordnung der Krieger in Frage steht.

Kritik der VWL:

Die Soziale Marktwirtschaft und die "gesellschaftlich erwünschte" Armut

Seit der internationale Finanzmarkt sich selbst zerlegt hat und sich infolgedessen die sonstigen Märkte in einer Weltwirtschaftskrise befinden, hat das Dogma vom freien Markt, der alles dann am besten regelt, wenn nicht in ihn „eingegriffen“ wird, etwas an Popularität eingebüßt – praktisch und theoretisch. Während sich staatliche Rettungspakete, Schutzschirme und Konjunkturprogramme darum bemühen, marktwirtschaftlicher Geschäftstätigkeit zum Erfolg zu verhelfen, während Kurzarbeitsregelungen Massenentlassungen verzögern und Sicherungsklauseln in der Rentenformel die Altersarmut regeln sollen, während die Politik also kräftig am „Eingreifen“ ist, zerbrechen sich die ökonomischen Sachverständigen öffentlich den Kopf darüber, ob sie das – marktwirtschaftstheoretisch betrachtet – soll, muss oder darf.

Darf sie, so teilt uns ein Beitrag im Feuilleton der FAZ mit, und soll sie sogar, damit „der Markt wirklich sozial wird“ (alle Zitate aus: FAZ, 11. April 2009, S. 31).

Was der Markt (nicht) leistet

Dabei beruft er sich auf den „Erfinder“ der „Sozialen Marktwirtschaft“. Der hieß Alfred Müller-Armack und verfasste 1946 ein Werk mit dem Titel

„Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, in dem er die Marktwirtschaft als das jeder wirtschaftlichen Planung unbedingt vorzuziehende Wirtschaftssystem propagierte – wegen ihrer hohen ökonomischen „Leistungsfähigkeit“ und der Freiheit des Individuums. Der Markt solle, so referiert die FAZ, „besser als jedes andere System“ für Produktivität und Reichtum, führe allerdings „mitunter“ zu „gesellschaftlich unerwünschten Einkommens- und Vermögensverteilungen“. Dass der produzierte Reichtum gar nicht mitunter, sondern mit schöner Regelmäßigkeit dort landet, wo sich im Ausgangspunkt schon Geld bzw. Kapital befindet, ist in einer Gesellschaft, die marktwirtschaftlich wirtschaftet, selbstredend nicht „unerwünscht“. Kapitalvermehrung ist schließlich der Zweck der ganzen Veranstaltung. Dass die Mehrheit der Bevölkerung allerdings ebenso regelmäßig in aller Freiheit der Marktgesetze von einem Einkommen leben muss, dass für das Lebensnotwendige nicht reicht, und dass sie deshalb ihre Funktion als Arbeitnehmer und Staatsbürger nur eingeschränkt oder gar nicht erfüllen kann, das stört die Macher dieser Gesellschaft schon – mitunter jedenfalls. Müller-Armack weiß, was da zu tun bzw. zu unterlassen ist. In gar keinem Fall darf der „Marktmechanismus“ beeinträchtigt werden. Das wäre dann der Fall, wenn die Politik Preise anordnete, zu denen die armen Menschen sich das Zeug, das sie brauchen, auch leisten könnten, oder

wenn sie ihnen ein ausreichendes Einkommen garantierte. Preis-, Miet- und Lohnbindungen lehnt der „geistige Vater“ der Sozialen Marktwirtschaft entschieden ab. Derartige Maßnahmen wären nämlich ganz schlecht für die Effektivität des Marktes, auf dem das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage“ zu Preisen führt, die „die zentrale Rolle bei der Anzeige von Knappheitsverhältnissen“ spielen.



Renate Dillmann

CHINA- Ein Lehrstück

*Alter und neuer Imperialismus
Sozialistischer Gegenentwurf und seine Fehler
Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft
Aufstieg einer neuen Großmacht*

400 Seiten (2009)
EUR 22.80 sFr 39.40
ISBN 978-3-89965-380-9

Das behauptet jedenfalls Müller-Armack (und mit ihm die VWL bis heute): Ein hoher Preis hat seinen Grund darin, dass ein Gut „knapp“ ist. Deshalb kriegen es nur ein paar Wohlhabende, die diesen Preis bezahlen können. Ein hoher Preis führt aber auch zu einem steigenden Angebot an diesem Gut, das dann nicht mehr knapp ist, weshalb sein Preis runter geht und weniger Wohlhabende es sich auch leisten können. So will es in der wirtschaftswissenschaftlichen

Modellwelt das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ – und so ist es auf dem realen Markt keineswegs.

Momentan sind beispielsweise Autos alles andere als knapp. Massenweise können produzierte Neuwagen nicht abgesetzt werden, weil sie für viele Leute, die durchaus ein neues Auto brauchen könnten, zu teuer sind. Trotzdem sinken die hohen Preise nicht, jedenfalls nicht so weit, dass sie zur Zahlungsfähigkeit dieser Nachfrager passen würden. Um die Befriedigung von Nachfrage geht es nämlich immer nur als Mittel der Gewinnerzielung, und so sind auch die Marktpreise kalkuliert: Mit dem Verkauf soll ein Überschuss über die Produktionskosten erzielt werden. Wenn diese Preiskalkulation nicht aufgeht, die Waren zu diesem Preis nicht verkauft werden können, unterbleibt ihr Verkauf. Damit stellt sich ihre Produktion, die ja sachlich ein Erfolg war – schließlich hat sie eine Menge gebrauchsfähiger Güter erzeugt – als marktwirtschaftlicher Fehlschlag heraus. Für den Konsum stehen diese Güter deshalb nicht zur Verfügung. Ressourcen und Arbeit, die für ihre Herstellung nötig waren, wurden vergeblich aufgewendet; nicht, weil niemand diese Güter konsumieren wollte, sondern weil die Preiskalkulation ihrer Hersteller nicht aufging. Was nicht gewinnbringend verkauft werden kann, ist in der Marktwirtschaft schlicht wert- und nutzlos. Von Knappheit an Gütern, die der Preis „anzeigen“ müsste, also keine Spur! „Knapp“ ist nur das Geld

Resultate

Der bürgerliche Staat

GEGENSTANDPUNKT

Resultate (Hg. Karl Held)

Der bürgerliche Staat

München 1999

138 Seiten € 12.–

ISBN-13: 978-3-929211-03-0

ISBN-10: 3-929211-03-3

Unveränderte Neuauflage der Ausgabe

1980 im Resultate Verlag (Resultate 3)

Neu gesetzt, Fadensiegelung mit Efalinkarton

der Armen, die der Preis der Waren am Konsum hindert. Überproduktion von Waren, die auf dem Markt nicht abzusetzen sind, neben einer Vielzahl von Armen, denen es an diesen Produkten fehlt: Das ist die „hohe Leistungsfähigkeit“, für die die Liebhaber der Marktwirtschaft dieses System so gerne loben.

Die behaupten nun, dass dieses Missverhältnis ein zwar unschönes, aber notwendiges Zwischenergebnis im „Spiel von Angebot und Nachfrage“ sei, das aber „der Markt“ selbst korrigiere. Findige Anbieter würden ihre Kalkulation nämlich der Geldknappheit bei den Nachfragern anpassen und Billigprodukte auf den Markt werfen, die diese sich leisten können - und schon sind Angebot und Nachfrage wieder auf bestem Weg zum Gleichgewicht. Bloß: Welche Anbieter nun „findig“ genug waren, stellt sich wiederum hinterher, nämlich in bekannt „effizienter“ Weise nach der Produktion auf dem Markt heraus. Der ist, wie immer, so auch in diesem Fall, bevölkert von Geschäftsleuten, die alle bestrebt sind, ihre Produktionskosten so weit zu senken (die Kosten wohl gemerkt, nicht etwa, wie die VWL gerne glauben machen möchte, den Ressourcenverbrauch), dass sie die Konkurrenten preislich unterbieten und aus dem Markt drängen können. Anbieter, die da unterliegen, können einpacken. Ihre Produkte bleiben liegen, ihre Produktionsanlagen sind als unrentabel auszumustern und Leute, die da gearbeitet haben, verlieren des-

halb ihre Existenzgrundlage.

Sachlich zeichnet sich die Marktwirtschaft also durch eine grandiose Verschwendung von materiellem Reichtum bei gleichzeitiger massenhafter Verarmung aus. Beides ist effizient für die Erwirtschaftung von Profit, aber eben auch nur dafür.

Wie seine Leistungen zu „korrigieren“ sind

Auf diese „ökonomischen Leistungen“ der Marktwirtschaft will Müller-Armack nichts kommen lassen.

Die „Automatik des Marktes“ sei, so beteuert er, ein „überaus zweckmäßiges Organisationsmittel“. Das Resultat allerdings, das sie hervorbringt, hält er für korrekturbedürftig: „Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen“.

Eigentlich liegt ja nun der Gedanke nahe, dass an den Zwecken der Marktwirtschaft etwas faul sein muss, wenn sie, zweckmäßig betrieben, zu solch unbefriedigenden Ergebnissen führt. Die „marktwirtschaftliche Verteilung“ führt ja gar nicht ausnahmsweise, sondern beständig zu Reichtum auf der einen und Ausschluss von vorhandenem Reichtum auf der anderen Seite. Denn Anbieter und Nachfrager betreten als Privateigentümer den Markt schon mit der Voraussetzung, dass die einen Kapital und damit Produktionsmittel besitzen und die anderen eben nicht.

Diese müssen, weil sie damit von deren Nutzung ausgeschlossen sind, den Besitzenden ihre Arbeitskraft anbieten. Die wird von denen nur nachgefragt, wenn sie so billig ist, dass ihre Käufer mit ihrer Anwendung Profit erzielen.

In der Markttheorie von Angebot und Nachfrage kommt das alles so nicht vor. Da agieren Leistungsbringer“ mit unterschiedlichen „Qualitäten“ – der eine hat kräftige Oberarme, ein anderer kann gut rechnen und ein Dritter hat eben viel Geld. Das führt, so die Theorie weiter, zu einer „Einkommensverteilung“, die Alt- und/oder Neoliberale als schwer in Ordnung, weil irgendwie leistungsgerecht, propagieren. Andere Markttheoretiker sehen das mit der unterschiedlichen Leistung im Prinzip genauso, stehen aber dem Ausmaß der so erzeugten Armut kritisch gegenüber. Zu denen gehört Müller-Armack. Er erteilt der Politik den Auftrag, für die „notwendige Rücksichtnahme auf sozialetische Prinzipien“ zu sorgen und die „marktwirtschaftliche Einkommensverteilung“ zu korrigieren, dabei aber auf keinen Fall in den „Marktmechanismus“ einzugreifen, der diese Verteilung hervorbringt. Das geht so: „Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktwirtschaftlichen Eingriffs vor.“

Sehr ideal: Wenn die Marktwirtschaft dafür sorgt, dass viele Marktteilnehmer von einem Einkommen leben müssen, das nicht mal fürs Wohnen und das Großziehen von Kindern ausreicht, dann ist ihr das einerseits nicht vorzuwerfen. Es entspricht aber andererseits, wenn's allzu doller kommt, nicht den „Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens“, die Müller-Armack verwirklicht sehen möchte. Zu denen gehört es, dass auch Niedriglohempfänger irgendwie ausgeschlafen und gewaschen am Arbeitsplatz erscheinen und den „gesellschaftlich erwünschten“ Nachwuchs produzieren können. Sozialethisch betrachtet darf ihre Armut nur so groß sein, dass sie ihnen die Erfüllung dieser sozialen Aufgaben nicht verunmöglicht. So viel „Wohlstand für alle“ muss sein und deshalb muss der Staat eine nachträgliche „Vermögensumverteilung“ vornehmen, indem er die Reichen besteuert und die Armen bezuschusst. Dieser Fall von „marktwirtschaftlichem Eingriff“ ist für Müller-Armack deshalb „ideal“, weil er zu seinem Marktmodell passt: Wenn sich die so Bezuschussten auf den Markt begeben und nachfragen, dann wird die freie Preisfindung nicht beeinträchtigt. Die „Regeln“, die die Markttheorie aufgestellt hat, sind nämlich nicht verletzt, wenn die Politik den Reichen etwas Geld wegnähme, um es den Armen zu geben. Wer da als Nachfrager auftritt und was der dann nachfragt, ist schließlich völlig egal für das „freie Spiel“

von Nachfrage und Angebot, für das die Wirtschaftswissenschaft die ideale Grundregel aufgestellt hat, dass beide sich immer einander anpassen und damit alles ins Lot bzw. Gleichgewicht kommt. Insofern gibt es also keinerlei „Marktproblem“ bei der Vermögensumverteilung.

In der realen Sozialen Marktwirtschaft geht es aber gar nicht um die Anzeige von Knappheit, den Einklang von Angebot und Nachfrage und ähnliche Erfindungen. Da geht es um Kapitalwachstum, also um Geld, das einzig und allein deshalb in die Produktion investiert wird, um es zu vermehren.

Und dafür ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein Großteil der Bevölkerung über kein Vermögen und kein Einkommen verfügt und deshalb kostengünstig als Produktionsfaktor zu haben ist. Dass diese Leute „Anbieter“ besonderer Art sind, wird durchaus deutlich, wenn Müller-Armack den Mindestlohn thematisiert: „Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im Wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.“

Wieso ist eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze „marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch“, wenn Preisbindungen generell ein Vergehen gegen die marktwirtschaftliche Effizienz darstellen? Aus der Markttheorie ergibt sich das zwar nicht, aber für den Markttheoretiker eben dann doch: Auf

dem Arbeitsmarkt werden Preise erzielt bzw. gezahlt, deren geringe Höhe mit den „sozialethischen Prinzipien“ eines Wirtschaftsfachmannes schon einmal schwer vereinbar sein kann. Warum es solche Löhne gibt, interessiert ihn allerdings nicht: Gegenüber stehen sich da nämlich die Anbieter von Arbeitskraft, die wegen ihrer Besitzlosigkeit auf jeden Lohn angewiesen sind, und die Nachfrager nach Arbeit, die dafür nur so viel zahlen, dass ihre Gewinnkalkulation aufgeht. Es handelt sich da in aller Freiheit um ein materielles Erpressungsverhältnis, in dem die eine Seite ihr Angebot nur um den Preis des Existenzverlustes zurückziehen kann, weswegen die andere bei der Erzielung eines günstigen Kostpreises leichtes Spiel hat. Weil es auf den Geschäftserfolg dieser Seite ankommt, muss die Politik, so der Volkswirtschaftler, bei ihren sozialethischen Maßnahmen schwer aufpassen. Am besten geht das, wenn sie die Unternehmen auf die Sozial- und Lohnkosten festlegt, die das durchschnittlich gewinnträchtige Unternehmen sowieso bezahlt. Dieses Armutsniveau ist in jedem Fall „marktkonform“.

Das Stichwort: Der Steuerzahler

Ideologie vom Bürger als Auftraggeber staatlichen Handelns

Seit die Regierung immer größere Milliardensummen aufbietet, um die Banken und jetzt auch noch die Konjunktur zu retten tritt immer häufiger eine eigentümliche politische Figur ins öffentliche Rampenlicht: Der Steuerzahler. Der scheint ein heikler Bursche zu sein, der eine Art Wächteramt innehat und es überhaupt nicht leiden kann, wenn die Politik mit den Milliarden, die sie sich genehmigt, nicht korrekt umgeht. Jedenfalls geben sich Politiker alle Mühe, unter Beweis zu stellen, wie sehr sie sich gegenüber dieser Figur in der Verantwortung sehen und möglichen Einwänden und Bedenken von seiner Seite beim Geldausgeben Rechnung tragen.

Eins ums andere Mal beteuern Merkel, Steinbrück & Co., wie schwierig es doch sei, dem Steuerzahler plausibel zu machen, dass ausgerechnet die Oberzocker von den Banken nun so reichlich aus den staatlichen Kassen bedient werden müssen. Auf ihn beruft sich auch die Opposition, wenn sie die Krisenpolitik der Regierung als ‚verantwortungsloses Verschleudern von Steuerzahlergeldern‘ geißelt.

Der Steuerzahler ist die Instanz, die gebieterisch danach verlangt, dass das Ausgabenprogramm mit einer gesetz-

lichen Schuldenbremse versehen werden muss. Er ist es schließlich auch, der beim Retten der Konjunktur zu seinem Recht kommen muss, so oder so. Entweder als Leistungsträger, der entlastet gehört oder als Financier des Staates, dessen Geld nicht für unsinnige Projekte zum Fenster herausgeworfen werden darf. Selbst der Bundespräsident mahnt von höchster Stelle, die Politik möge beim Krisenbewältigen nie vergessen, vor wem sie sich zu rechtfertigen habe. Durch das Konjunkturprogramm, so erzählt er BamS müssten, „vor allem alle motiviert werden, die sich an die Gesetze halten und ihre Steuern zahlen.“

Wozu die gesetzestreuen Steuerzahler durch das Konjunkturprogramm motiviert werden sollen, lässt der Bundespräsident – nicht ohne Grund – offen. Zum Steuerzahlen jedenfalls sicherlich nicht. Mit Motivation hat das gleich gar nichts zu tun, denn dabei handelt es sich schließlich nicht um eine Veranstaltung, bei der die Staatsgewalt irgendetwas vom guten Willen ihrer Bürger abhängig machen würde. Beim Steuerzahlen handelt es sich um eine staatliche Zwangsveranstaltung. Von jedem, der ein Einkommen be-

zieht oder über Vermögen verfügt, sei es nun groß oder klein, zieht die politische Gewalt hoheitlich und ohne um Erlaubnis zu bitten, ein Teil des Gedeigentums ein. Der Staat fragt beim Kassieren nicht nach, ob der Steuerpflichtige sich die Zwangsabgabe leisten kann oder will; bei der Festlegung der Steuersätze hat der Steuerbürger nichts mitzureden. Zuständigkeit und Freiheit beim Kassieren liegen ganz bei der politischen Gewalt, die ihre Finanzgesetze nach eigenen Berechnungen gestaltet.

Für die staatlichen Ausgaben gilt dasselbe. Mit den Zwangsabgaben finanziert die politische Gewalt genau die staatlichen Leistungen, auf die sich die Parlamentsmehrheit mit dem Finanzminister verständigt. So gesehen ist der Steuerzahler nach beiden Seiten hin eine ziemlich trostlose politische Figur. Für die allermeisten Steuerzahler gilt, dass sie es im Ernst gar nicht sind, die irgendetwas zahlen. Sie sind der Finanzhoheit des Staates unterworfen und zur Zahlung verpflichtet, ob es ihnen nun passt oder nicht. Ebenso wenig haben sie damit was zu schaffen, was der Staat mit dem vielen Geld macht, was er einkassiert hat. Ist es erst mal in seiner Kasse, dann ist es eben nicht mehr das Geld der Steuerzahler, sondern unterliegt seiner freien Verfügungsmacht.

Der Staat macht mit seiner Zwangsgewalt jeden Bürger zum Steuerzahler – das ist die banale Wahrheit der Sache. Leute allerdings, die mit ihrem Status als Steuerzahler auftrumpfen, wollen

die Sache so negativ nicht sehen. Klar, meckern tut jeder über die Steuern; aber dieses Gemecker ist nur die Begleitmusik zu einer positiven Einstellung des steuerpflichtigen Bürgers zu seiner Staatsgewalt. Er legt sich dieses Verhältnis so zurecht, dass er mit der Erfüllung seiner Steuerpflicht eine Leistung für das Gemeinwesen erbringt, die Anerkennung verdient. Dadurch dass er ein Stück des eigenen, sauer verdienten Eigentums abtritt, wird er ganz gleichberechtigt mit allen anderen armen wie reichen Steuerbürgern zum Finanzier des ganzen Ladens. Er kann sich einbilden, dass von ihm in materieller Hinsicht letztlich alles abhängt. In Wahrheit ordnet sich der Steuerbürger nur unter, er fügt sich in die ihm zudiktierte Rolle als staatliche Geldquelle. Aber gerade darin und dafür will er von seiner Obrigkeit gewürdigt werden. Für seine Unzufriedenheit denkt sich der Steuerzahler einen eigenen Rechtstitel aus: Wenn er schon mit einem Teil seines Eigentums für die Staatsfinanzen aufkommt, dann hat er auch das Recht auf eine staatliche Gegenleistung. Gerade da, wo im Unterschied zum privaten Verkehr zwischen Käufern und Verkäufern, von einem Tauschverhältnis weit und breit nichts zu sehen ist, wo die Frage, wer wieviel zahlt und die Frage, wem die Staatsausgaben zugute kommen, nichts miteinander zu tun haben, weil der Staat eine Verknüpfung ausdrücklich ausschließt (sog. Non-Affektationsprinzip, gemäß § 8 Bundeshaushaltsordnung), da hält

sich hartnäckig die Vorstellung von Leistung und Gegenleistung.

Was leistet diese Vorstellung? Wenn Lohnempfänger – Ärzte, Lehrer, Unternehmer usw. – von ihren gesellschaftlichen Unterschieden und Gegensätzen nichts wissen wollen, sondern sich nur in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler zu Wort melden, haben sie ihr schnödes Eigeninteresse hinter sich gelassen. Darüber wird woanders entschieden. Hier wollen sie als gleichberechtigte Beitragsleister gewürdigt werden, die nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten wie alle anderen ihren Teil zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Als Steuerzahler – so die Einbildung – gilt jeder etwas. Da ist jede noch so trostlose Tätigkeit, mit der man an das Geld für die eigenen Lebensnotwendigkeiten rankommt, zum Dienst am Großen und Ganzen verfremdet. Das Zwangsregime staatlicher Steuer- und Ausgabenpolitik, mit dem die Gegensätze der Konkurrenz ins Werk gesetzt werden, erscheint dann in einem durch und durch positiven Licht, als ein von den Steuerzahlern finanziertes Gemeinschaftswerk, und der Staat, der das ganze verordnet, ist dann nur noch ausführendes Organ dieses Gemeinschaftswerkes, und die Finanziere passen auf, ob er das ordentlich macht.

Das ist sie schließlich, die besagte Gegenleistung, die der Steuerzahler der Staatsgewalt abverlangt. Der Staat hat zu beweisen, dass er seiner Pflicht zu einer allgemeinwohldienlichen Finanz- und Haushaltspolitik

nachkommt, also die materielle Unterstützung auch verdient, die der Steuerzahler ihm zukommen lässt. Gemeinwohldienliche Haushaltspolitik, das ist eine, die sich am schwer verdienten Geld ihrer Bürger nicht in ungerechter Weise vergreift, die nicht mehr wegnimmt als unbedingt nötig und die mit diesem Geld nicht ‚verantwortungslos‘ umgeht.

An diesen Maßstäben gemessen, hat der Steuerzahler immerzu Grund zur Unzufriedenheit. Nie passen seine Zahlungspflichten dazu, was er sich vorstellt, was ihm eigentlich vom Staat zustünde. Wie auch, darum geht es in diesem Verhältnis eben auch nicht. Der Steuerzahler beliebt dies anders zu sehen. Mit der Forderung nach Steuergerechtigkeit anerkennt er den staatlichen Geldbedarf, will aber anmelden, dass da wohl andere, besser verdienende oder weniger dienstbereite Figuren, da eher in die Pflicht zu nehmen wären. Und die Kritik an zu hohen Ausgaben entdeckt immerzu falsche Nutznießer: Sozialschädlinge und Schmarotzer am großen Ganzen, denen zu unrecht Geld zufließt. Auf der anderen Seite bliebe für Leistungen für den braven Bürger immer zu wenig übrig. So hält der Steuerzahler gnadenlos fest an der eingebildeten Gleichung, derzufolge seine Zahlungen ihm ein Recht auf eine Finanzpolitik nach seinen Vorstellungen gibt. Er wird gehässig gegen jeden, bei dem er unverdiente Bereicherung an seinem Geld wittert und kritisch gegen den Staat, der sich immerzu an den

ihm – so die Einbildung – aufgetragenen Maßstäben versündigt.

Gegen diese Art Kritik haben Politiker nur nicht nichts, sie versorgen sie vielmehr selbst immerzu mit Munition. Politiker haben eben ein sicheres Gespür dafür, welche Kritik sie ablehnen müssen und welche sie für ihr Geschäft ausnützen können. Die Kritik vom Standpunkt des Steuerzahlers gehört allemal zur letzteren Sorte. Da werden Leute von einem Standpunkt aus rabiat, der alles, was die Staatsgewalt so veranstaltet, ganz prinzipiell gutheißt, auch dessen Finanzierungsmethoden prinzipiell billigt, und sich nur der Frage geistig widmet, inwieweit man dabei selbst als wichtiger materieller Träger dieses schönen Gemeinwesens nicht zu schlecht wegkommt. Diesen Standpunkt bedient die Politik gerne, nämlich so, dass sie ihn selbst immerzu im Munde führt, um ihm recht zu geben. Alles, was sie sowieso tun und vorhaben, begründen

und rechtfertigen Politiker damit, dass sie dabei auf keinen Fall das Geld des Steuerzahlers missbrauchen wollen und werden. Und sie verlassen sich darauf, dass die Sache, die sie da vorhaben, dann auch gleich mit in Ordnung geht. Sich selbst stilisieren sie zu den obersten Repräsentanten der Gesichtspunkte von Gerechtigkeit und Sparsamkeit, die immerzu darum ringen, diesen Prinzipien auch unter widrigsten Umständen, sogar noch in der Krise, Geltung zu verschaffen.

Und wenn es sein muss, verdient sich die Politik das Vertrauen der Steuerzahler sogar mit echten materiellen Leistungen. Damit ohne Zweifel klar wird, dass die Milliarden für die Banken unter allen Gerechtigkeits- und Verantwortungsgesichtspunkten in Ordnung gehen, müssen Banker sich auf Geheiß der Staatsgewalt eine Kürzung ihrer Jahresgehälter auf trostlose 500.000 Euro gefallen lassen. Soviel Rücksicht auf das Gerechtigkeitsge-

"Gesundes Volksempfinden"

Stichwort: Gerechtigkeit

Die Menschheit hat sich mehrheitlich mit ziemlichen Widerwärtigkeiten herumzuschlagen – viel Arbeit, wenig Geld, schlechte Wohnungen, laute Straßen. Interessant ist, wie sie all das überhaupt zur Kenntnis nimmt und wie sie über all das nachdenkt. In unserer Gesellschaft, in der alles staat-

lich geregelt und verwaltet ist, jedem Interesse also irgendwo ein Recht zugrunde liegt, denken die Menschen am liebsten nach, indem sie alles in Gerechtigkeitsfragen verwandeln. Sie fragen etwa: Wieso kriege ich für meine Arbeit weniger Geld als der Typ neben mir? Wieso haben unsere Nach-

barn die bessere Bude, obwohl sie gar kein Kind haben? Wieso also ist die Welt so ungerecht?

Unzufriedenheit mit einem Schaden tritt in dieser Art zu denken also sofort auf als eifersüchtige Gehässigkeit gegen andere, die sich zwar meist in einer ziemlich ähnlichen (Klassen-) Lage befinden, es aber in einer Kleinigkeit besser getroffen haben als man selbst. Das ist eigenartig und erklärenswert. Wie kommt es dazu?

- Man muss vor allem sehr fest glauben, in einer Gesellschaft zu leben, in der es „eigentlich“ und „letztlich“ für alle gut ausgehen soll – bei allen anerkannten Unterschieden von oben und unten. Aus der staatlich verordneten Konkurrenz um Reichtum mit all ihren tagtäglichen Gegensätzen und der Benutzung massenhafter Armut dafür, dass ein paar Reiche immer reicher werden und das dazugehörige Staatswesen immer mächtiger, wird durch diese moralische Umdeutung so etwas wie ein Gemeinschaftswerk bezüglich Arbeit und Versorgung.

- Wer so denkt und damit gegen alle Realität beharrlich an dem Bild festhält, das diese Gesellschaft natürlich gerne über sich verbreitet, ist dann sein Leben lang enttäuscht darüber, dass er „trotz“ Leistung nicht viel rauskriegt und sich für sein ehrlich verdientes Geld nur ein schäbiges Leben leisten kann.

- Wer so denkt, kommt dann auch

stets auf die Idee, sich nach „oben“ zu wenden und unter Berufung auf die Leistung, die er mit seiner Arbeit, der Erziehung seiner Kinder oder einem Ehrenamt im Sportverein erbracht hat, eine „entsprechende“, sprich gerechte Entlohnung, den Erhalt seines Arbeitsplatzes oder Rücksichtnahme auf sonstige (selbstverständlich ehrbare!) Anliegen einzufordern.

- Für ihn wird aus dem gesamten Sozialstaat, mit dem die Politik dafür sorgt, dass die ganze notwendig anfallende Armut nachhaltig nützlich bleibt für die kapitalistische Reichtumsproduktion, die fürsorgliche Unterstützung von in Not Geratenen, für die er allerdings meist selbst eine einschränkende Bedingung formuliert: „unverschuldet“ sollte sie schon sein, die Notlage.

- Die mit schöner Regelmäßigkeit eintretende Tatsache, dass die Masse der Leute zu nix kommt, stellt sich dann nicht als das Funktionieren dieser Gesellschaft dar, sondern als eine Art von Versagen, für das man folgerichtig irgendwelche Schuldige sucht. Das sind in dieser Logik Figuren, die sich am großen Ganzen, für das man selbst brav einsteht und Steuern zahlt, vergehen und damit alles kaputt machen, was doch „eigentlich“ zum Wohle aller da sein könnte – ein Gedanke, der sich dann auch endgültig freimacht davon, ob man selbst überhaupt negativ betroffen ist oder sich schlicht als Fanatiker des Gemeinwohls gegen

„selbstsüchtiges“ Handeln aller Art in die Bresche wirft.

- Die Liste derer, denen man vorwirft, als „Egoisten“ zu handeln, ist potenziell ziemlich lang: Das sind die Bankster, die Milliarden scheffeln und dabei „unsere“ Wirtschaft aufs Spiel setzen; das sind Unternehmer, die „nur“ auf Profitmaximierung schauen statt Arbeitsplätze zu schaffen; das sind Politiker, die sich bestechen lassen, „statt“ das Allgemeinwohl durchzusetzen – Entgegensetzungen, die allesamt wenig über die reale Welt, aber sehr viel darüber verraten, was man sich geradezu kindisch-naiv über sie einbildet

- Vor allem aber – und darauf kapriziert sich die Beschwerde von Gerechtigkeitsfanatikern in den allermeisten Fällen – sind es 1. die Ausländer, die hier eigentlich nichts zu suchen haben und „uns“ auf alle Fälle etwas wegnehmen, und 2. die Sozialschmarotzer, die Geld von der Gemeinschaft kriegen, ohne sich für sie nützlich zu machen und eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen.

- „Gerecht“ geht es in dieser Welt also dann zu, wenn dem Egoismus der „üblichen Verdächtigen“ kräftig auf die Füße getreten wird. Dem Inhalt nach ist das ebenso abstrakt wie negativ gedacht – und das Verlangen nach Exekution dieser Gerechtigkeit bemisst sich auch mitnichten daran, dass man davon etwas anderes hat als eben das: dass dem anderen sein „ungerechter

Vorteil“ entzogen, das Übel bestraft und damit „der Gerechtigkeit“ Genüge getan wird. Wer das machen soll? Ein Auftrag an „die da oben“ ist es: Die „Ordnung“ bzw. die Staatsgewalt soll sich endlich und gefälligst durchsetzen gegen alles Mögliche, was ihr in die Quere kommen könnte und damit den Vollzug des eigentlich guten Gemeinschaftswerks behindert.

Das ist – in groben Zügen – der Inhalt des „gesunden Volksempfindens“ in Sachen Gerechtigkeit. Durchaus ein Anlass, Gänsehaut zu kriegen, wenn sich darauf berufen wird!



Ankündigungstext Vortrag & Diskussion
**Aus Anlass des 60. Geburtstages des DGB:
Was taugt eigentlich die Gewerkschaft?**

Dr. Theo Wentzke

23.06.2010, 19:30 Uhr, *Uni Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 208*

24.06.2010, 19:30 Uhr, *Jugendbüro Filler, Schillerstraße 44, Erfurt*

Die deutsche Gewerkschaft hat Geburtstag. Der DGB – sechs Jahrzehnte Dienstleistung an der nationalen Arbeit. 60 Jahre DGB, und die deutschen Gewerkschaften werden gefeiert – von denen, die, wenn gerade kein Geburtstag ist, nicht müde werden, von den Gewerkschaften verteidigte „Besitzstände“ und das „Besitzstandsdenken“ ihrer Mitglieder anzugreifen. Das Lob, das der DGB an so einem Feiertag von seinen Kritikern aus Politik und Wirtschaft zu hören bekommt, gilt dementsprechend auch eher nicht seinen Erfolgen bei der kämpferischen Wahrung der Mitgliederinteressen. Beglückwünscht wird er für seinen unermüdlichen Einsatz im Dienst am Gemeinwesen, gelobt werden die gewerkschaftlichen Beiträge zu Wachstum und Wohlstand der Nation, speziell die Pflege des „sozialen Friedens“ durch die deutschen Arbeitervertreter, der beidem so förderlich ist. Die Friedfertigkeit der arbeitenden Klasse ist ein hoher Wert, für dessen Bewahrung sich seit langem der DGB zuständig erklärt. Diese Aufgabe nimmt er mit großer Ernst-

haftigkeit wahr, mit der Folge, dass das Wachstum des Reichtums im Land seinen Gang gehen kann – ungestört von denen, die ihn erzeugen, ohne selber reicher zu werden. Dass die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften sich konstruktiv, wachstums- und sozialverträglich zu den Bedürfnissen des Standorts stellen, dass sie „Augenmaß“ walten lassen und zur rechten Zeit immer wieder Ruhe geben, das ist den Nutznießern solch verantwortungsvollen Benehmens aus gegebenem Anlass schon einmal ein anerkennendes Wort wert.

Auch die Beglückwünschten selbst verweisen gerne auf ihre Leistungen im Lauf von sechs Jahrzehnten, loben sich als die Hauptverantwortlichen der „organisierten Solidarität“ im Lande und betonen deren Notwendigkeit für eine „gute Zukunft der arbeitenden Menschen angesichts des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit“. Dabei ist ein gewisser Kontrast zwischen den selbstbewusst präsentierten Leistungen der Gewerkschaft und dem, was deren Mitglieder davon haben, nicht zu übersehen: Die Geburts-

tagskinder selbst sind es ja, die darauf aufmerksam machen, dass es auch nach 60 Jahren DGB für einen deutschen Arbeiter nicht damit getan ist, einfach nur zu arbeiten, wenn er davon leben will. Ohne „Einigkeit“, die ihn stark macht, und ohne „Kampf“ soll es für den „arbeitenden Menschen“ dabei noch immer nicht abgehen. Und wenn die Forderung „vom Lohn muss man

leben können!“ ein aktuelles Zeugnis von der Lage derer gibt, um die sich der DGB so unermüdlich kümmert, dann stellt sich die Frage, was die Gewerkschaft mit ihrem Einsatz für ihre Mitglieder eigentlich erreicht. Und womit genau sie sich eigentlich die vielen Komplimente zu ihrem Geburtstag verdient hat.

Vortrag & Diskussion

Dr. Theo Wentzke

**Aus Anlass des 60. Geburtstages des DGB:
Was taugt eigentlich die Gewerkschaft?**

Ort: Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 208

Zeit: Mittwoch, den 23.06.2010, 20:00 Uhr

Ort: Erfurt, DGB Jugendbüro Filler, Schillerstr. 44

Zeit: Donnerstag, den 24.06.2010, 19:30 Uhr



weitere Informationen: www.pg.blogsport.de

Ankündigungstext Vortrag & Diskussion

Nationalismus - Was ist das?

Kritik an Volk, Staat und Nation

Dr. Theo Wentzke

28.04.2010, 20:00 Uhr, Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 208

29.04.2010, 19.30 Uhr, Jugendbüro Filler, Schillerstraße 44, Erfurt

Die NPD plant am 1. Mai eine große Demonstration im Zentrum von Erfurt. Sie will dagegen protestieren, dass die amtierende schwarz-rote Regierung das ihrer Ansicht nach „dringendste Problem des Freistaates“, die „Abwanderung aus dem Freistaat als Folge von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen, Perspektivlosigkeit und Verwahrlosung der Heimat“ und damit „das langsame Sterben Thüringens“ ignoriert.

Nun ja, vielleicht ja nicht ganz so dramatisch aber das so etwas wie eine Bevölkerungsabwanderung ein ernstzunehmendes Problem darstellt, unterschreiben auch die amtierenden Landespolitiker und auch ein Großteil der hiesigen Bevölkerung. Dummerweise! Und obwohl Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und in ihrer Folge Perspektivlosigkeit und Verwahrlosung ebenfalls allgemein unbeliebt sind, wird der NPD-Demonstration aller Voraussicht nach keine Unterstützung durch die Masse der Thüringer Bürger und ihrer lokal- bis landespolitischen Oberhäupter zu teil werden.

Die NPD hat nämlich einen schlech-

ten Ruf: Sie gilt ihren Kritikern als nationalistisch und das in klarer Abgrenzung zum politisch als mittig bis links verorteten Rest der politischen Amts- und Meinungsträger.

Diese Abgrenzung ist verkehrt! Denn die Vorstellung von der Nation, als das gemeinsame Ganze, in dem Volk und Staat, Arbeitgeber und Lohnabhängige, Mieter und Vermieter, Richter und Verurteilte, kurz: alle praktisch noch so gegensätzlichen Figuren nur noch als „wir Deutsche“ zählen und dass die Bundesrepublik das geschätzte Zuhause von „uns allen“ bildet, in dem „wir alle“ positiv vereint sind, ist leider nicht nur den bekennenden Nationalisten eigen. Von der Sorge um den Euro und das deutsche Abschneiden in der Exportweltmeisterschaft, das Image Brandenburgs oder des deutschen Außenministers im Ausland, über die Debatte um bösen Nationalismus und guten Patriotismus mit bundesweit begrüßten naivbegriffslosen Jubelfeiern, angesichts nationaler Sportserfolge einerseits und der Forderung eines NPD-Verbotes andererseits, bis hin zum kritisch ge-

meinten „Nazis raus!“ und „wir halten unsere Stadt sauber“, überall bildet die Vorstellung einer positiven Gemeinschaft der Mitglieder eines bürgerlichen Gemeinwesens die ideologische Grundlage der öffentlichen Meinungsbildung und -äußerung.

Aus Anlass der NPD-Demo und der zu erwartenden, sich antinationalistisch verstehenden Gegenaktivitäten laden wir zu ein paar grundsätzlichen Ausführungen darüber ein, was einen bürgerlichen Staat und sein Volk ausmacht, was also eine Nation ist - damit zu einer Kritik jeglichen positiven Bezuges auf die Nation, einer Kritik des Nationalismus. Wir wollen in einer Vortrags- und Diskussionsver-

anstaltung klarstellen, warum es ein theoretischer Fehler und praktischer Schaden ist, sich als Untertan mit der Herrschaft über sich, als Arbeitnehmer mit seinem Arbeitgeber, als Mieter mit seinem Vermieter usw. positiv identifiziert, unter den Titeln „Deutschland, Thüringen, Erfurt“ Verantwortung übernimmt, von seinen Mitmenschen einfordert und sich praktisch stark macht für die Anliegen einer Nation, die Zwecke eines bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesens.

Es sollen in der Veranstaltung also nicht nur die NPD und ihre Anhänger kritisiert werden, sondern auch ihre demokratischen Gegner von Mitte bis ganz Links.

Fragen, Anregungen und Kritik an:

politische gruppe jena / erfurt

www.pg.blogsport.de

politische.gruppe@hotmail.com

V.i.S.d.P.: Theo Wentzke, Böblinger Str. 135, 70199 Stuttgart
(Eigendruck im Selbstverlag)

Vortrag & Diskussion

Dr. Theo Wentzke

Nationalismus - Was ist das?

Kritik an Staat, Volk und Nation

Ort: Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, Seminarraum 208

Zeit: Mittwoch, den 28.04.2010, 20:00 Uhr

Ort: Erfurt, DGB Jugendbüro Filler, Schillerstraße 44

Zeit: Donnerstag, den 29.04.2010, 19:30 Uhr



weitere Informationen: www.pg.blogsport.de